

von den „evangelischen Gemeinden“ gefordert wird, in dem im Reichstage von liberal-protestantischer Seite erklärt wird, daß dem „politischen Katholizismus“ der Krieg angehängt werde. Gewiß ist es nicht das erste Mal, daß der „politische Protestantismus“ austritt (er zeigt sich bei fast allen Wahlen), aber von hervorragender Bedeutung ist, daß von der höchsten kirchlichen protestantischen Seite derselbe dennoch gefordert wird. Daraus müssen die deutschen Katholiken die Lehre ziehen! Im Reichstage hat erst dieser Tage der freikonfessionelle Abg. Trendt gefordert, daß das Zentrum sich aufzulösen habe; dann sei der Weg zum konfessionellen Frieden da! Nun kommt diese Kundgebung, die einerseits eine offene Kriegserklärung gegen die deutschen Katholiken darstellt, andererseits gleichzeitig ein „protestantisches Zentrum“ fordert! Wenn die Debatten über das Jesuitengesetz noch nicht gezeigt haben, daß das höchste und erste politische Gebot der deutschen Katholiken die Einigkeit ist, der muß es jetzt durch diese Kundgebung einsehen. Dieser erste „protestantische Hirtenbrief“ dürfte in den kommenden Erweiterungen noch oft eine große Rolle spielen!

### Reichstag.

a. Berlin, 70. Sitzung am 18. April 1904.

Der Reichstag erledigte heute den Etat des Auswärtigen Amtes und nahm hierbei die Resolution Willing-Zerker an, nach welcher den deutschen Konsuln ein aus deutschen Kaufleuten bestehender händlerischer Beirat beigegeben werden soll. Eine Anzahl freisinniger Redner beschwerte sich über die Behandlung jüdischer deutscher Reisender in Rußland. Vom Zentrum wünschte Oel, daß die Konsula über den indirekten Warenverkehr Material liefern sollten, auch fehle es noch sehr an einer genauen Getreidepreis-Statistik. Grabberger (Ztr.) rügte, die liberale „Münd. Abg. Sig.“ geneigte die Subvention, daß sie von sämtlichen Konsula zu halten sei. Ueber die mangelhafte Entschädigung der Deutschen für die Verluste im Transvaalkrieg wurde von mehreren Rednern gesprochen. Die für den Erwerb eines Kapitalplatzes für eine Geländesommerwohnung in Teheran geforderten 80.000 Mark wurden abgelehnt. Am Schluß begründete Graf Driola (natlib.) die Interpellation, weshalb das neue Pensionsgesetz noch nicht erlassen sei und wann seine Vorlage in Aussicht stehe. Kriegsminister v. Einem antwortete, daß die Vorlage im Bundesrat ruhe; dieser müsse sie eingehend prüfen; ob sie noch in dieser Session dem Reichstage zugehe, sei sehr fraglich. Morgen findet die Debatte statt.

### Politische Rundschau. Deutschland.

— Kaiser Wilhelm hat an den König von Griechenland telegraphisch, daß er leider nicht nach Athen kommen könne. In Berlin berichtet man, daß das weder von politischen Erwägungen noch von Gesundheitsrückständen beruht ist.

— Die badische Verfassungsrevision, die in erster Linie die Einführung der direkten Wahl bezweckt, wird nunmehr als geendet angesehen, da die Regierung sich gegen die Wünsche der Verfassungskommission in Bezug auf die Zusammensetzung der ersten Kammer ganz abnehmend ausgesprochen hat.

— Das preussische Abgeordnetenhaus hat auch in seiner heutigen Sitzung tüchtig gearbeitet. Eine sehr humorvolle Debatte entstand über die Verpachtung des Selterser Mineralbrunnens an die Firma Siemens & Co., desgleichen in dem Redegesetz zwischen Dr. Sahn (l. d. V.) und Wallbrecht (natlib.) über einen händlerischen Agitator in Westfalen. Der Titel „Anfiedelungskommission“ gab dem Polen v. Skarzynski erwünschten Anlaß die Polenpolitik zu bekämpfen; Wallenborn (Ztr.) stimmt ihm hier bei, da der Zweck des gesamten Anfiedelungsgesetzes ein verfehlter sei und mit dem Protestantismus nahe, was von den Rednern, der Reden bestritten wurde. Derselben Redner führte auch aus, daß der Erzbischof von Polen nicht genügend für die religiösen Bedürfnisse der Deutschen Sorge trage, was von polnischer Seite bestritten wurde.

— Die nationalliberale Partei hat sich ein neues Organisationsstatut gegeben. Als „oberste Instanz der Partei“ soll der „Allgemeine Vertretertag“ gelten. Dieser hat die Grundzüge und Ziele der Partei festzusetzen und zu erläutern und die allgemeinen Programmumgebungen zu erlassen. Zweiter Vorsitz der nationalliberalen Organisation ist der Zentralverband mit seinem geschäftsführenden Ausschuss, als oberstem verwaltenden Organe. Der Zentralvorstand besteht aus den Mitgliedern der Vorstände der nationalliberalen Fraktionen im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus, aus Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände, der Jugendvereine usw. Auffallend ist, welche Rücksicht hier auf die Jugendvereine, die Jungliberalen, genommen ist.

— Im Kohlenrevier der Ruhr ist eine große Verunreinigung in allen Bevölkerungskreisen ausgebrochen; das Kohlenstaub hat eine Anzahl kleinerer Gruben angefaßt und will auf diesen den Betrieb einstellen — aus purer Profitgier. Große Scharen von Arbeitern werden so brotlos, das Handwerk, die Kaufleute, die Gemeinden leiden schwere Schäden. So ist die Bewegung begründet. Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat deshalb an die Regierung die Anfrage gestellt, was sie zu tun gedente. Diese ließ erklären, daß eine Kommission von Beamten die Sache untersuchen werde; man hoffe, daß eine andere Industrie in diesen Gegenden sich ansiedeln werde. Selbstverständlich ist mit dieser Betröstung den Betroffenen schlecht gedient, deshalb hat das Zentrum den weiteren Antrag gestellt, das Vergesetz dahin zu erweitern, daß solches Stilllegen der Gruben durch den Staat verhindert werden kann. Der Sozialdemokratie ist dieses entschiedene Eingreifen des Zentrums sehr unangenehm. Der „Vorwärts“ poltert sehr stark darüber. Obwohl das Wort nichts gegen diesen sachlich ganz begründeten Antrag einwenden kann, so ist er ihm doch nicht angenehm, weil er eben vom Zentrum ausgeht und im Abgeordnetenhaus gestellt ist, die Sozialdemokratie also nicht die Sache von der Parlamentaristik agitatorisch benützen kann. Die Angelegenheit aber gehört nur in das Abgeordnetenhaus, denn das Bergrecht ist Landesrecht.

— Der Dresdner „Jungbrunnen“ liefert keine neuen Kräfte, er erschöpft vielmehr. Wir legen allerdings keine zu großen Hoffnungen auf den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen; diese Erscheinung war schon öfters vorhanden. Das Jahr 1900 war ein solches, in welchem

die Sozialdemokratie bei den Reichswahlen eine durchgängige Stimmenabnahme und verheerende empfindliche Niederlagen zu verzeichnen hatte. Genau wie heute jubelte man damals, daß die Sozialdemokratie den Höhepunkt überschritten habe. Aber schon das Jahr darauf wandte sich das Blatt und an den Dreimillionenstimm 1903 braucht man nicht erst zu erinnern. Auffallend aber ist es immerhin, wie sich jetzt die Niederlagen mehren. Die altbürgerlichen Landtagswahlen haben nämlich der Sozialdemokratie auch eine Niederlage gebracht; hier rechneten sie auf den vollen Sieg und Erlangung der Majorität im Landtage. Aber es sollte anders kommen. Obwohl die Wahlerteiligung — oder vielmehr gerade weil diese eine sehr hohe war, haben die Sozialdemokraten nicht nur kein einziges Mandat gewonnen, sondern noch eins an den Bund der Landwirte verloren. Der Ausfall der Landtagswahlen ist nun auch von Bedeutung für die Ende dieses Monats stattfindende Reichstagswahl, das Mandat war 1903 in die Hände der Sozialdemokratie übergegangen, aber es wurde im Reichstage kasziert. Nunmehr haben diese heillose Angst vor einem Durchfall. Die Reichstagsabgeordneten Vebel, Singer, Geyer, Stadthagen, Stolle, Hoffmann, Schöpflin und Stülcken bereiten den Kreis. Eine schreckliche Qual für die Wähler!

### Oesterreich-Ungarn.

— Das österreichische Abgeordnetenhaus ist am 19. d. M. zusammengetreten. Vom Ministerpräsidenten ist eine Zuschrift eingegangen, in welcher um die Vornahme der Delegationswahlen und der Wahlen in die Quoten-Deputationen ersucht wird. Die ganze sechsstündige Sitzung wurde mit der wörtlichen Verlesung des Einlaufs angefüllt. Beim Schluß der Sitzung verlies der Abgeordnete Vianini auf Zeitungsmitteilungen, wonach die Regierung in Abosia beabsichtigt hätte, gewisse Begünstigungen für den Import italienischer Weine zu erlangen. Der Redner fordert die Regierung auf, locale Aufklärungen zu erteilen über die den italienischen Staatsmännern gemachten Verprechungen.

### Frankreich.

— „Nachte ist süß!“ denkt der französische Marineminister Pelléan, der vor Eltern in der Deputiertenkammer so scharf am Ohr gezupft wurde. Nun hat er jene Admirale gemahregelt, von denen er annahm, daß sie seinen politischen Gegnern Material geliefert hätten. Allen Anschein nach ist er aber an die falschen geraten. Im Untersuchungsausschuss soll diese Wahregelung weiter befragt werden.

### Großbritannien.

— Im Unterhaus brachte Schatzkanzler Austen Chamberlain das Budget ein. Er legte dabei dar, der Fehlbetrag des abgelaufenen Rechnungsjahres habe 5415.000 Pfund Sterling betragen. Für das neue Rechnungsjahr seien die Ausgaben mit 142.880.000 Pfund und die Einnahmen auf Grund der gegenwärtigen Besteuerungsverhältnisse mit 139.060.000 Pfund veranschlagt, woraus sich ein Fehlbetrag von 3.820.000 Pfund ergeben würde. Er schlug dementsprechend eine Erhöhung der Einkommensteuer, des Zehntes und des Tabakzoll vor. Der sich aus diesen Änderungen ergebende Mehreinnahme werde mit 550.000 Pfund Sterling angenommen. Die gesamten Einnahmen würden nach alledem mit 143.610.000 Pfund anzusetzen sein.

— Im englischen Unterhaus erklärte Premierminister Balfour, daß er nicht an die Eingelebung von Tibet denke, da dieses ein großes Unglück für Indien und England sein würde.

— Der Feldzug gegen den Mullah. Im Unterhaus erklärte Staatssekretär des Krieges Arnold Forster, man sei der Ueberzeugung, daß der Mullah auf italienisches Gebiet geschickt sei und sehr schwere Verluste an Menschen und Vieh erlitten habe. Seine Streitkräfte seien zerstreut und aus dem Protektorat vertrieben worden. Der Mullah sei jetzt tatsächlich ohne Anhänger. Im Hinblick auf diese Umstände entschloß sich die Regierung, die militärischen Operationen abzubrechen und die im Felde stehende Truppenmacht zu reduzieren. Die diesbezüglichen Befehle seien bereits erteilt worden.

### Rußland.

— Es dürfte für unsere Leser interessant sein, jetzt einmal eine Aufstellung der russischen Verluste zur See seit Beginn des Krieges beisammen zu finden. Sie geben bereits eine stattliche Reihe ab: „Petropanolowski“, Linienschiff, gesunken bei Port Arthur am 13. 4. 04. „Pobjeda“, Linienschiff, von Torpedo getroffen am 13. 4. 04. (Schwere der Verlegung unbekannt). „Jesarewitsch“, Linienschiff, von Torpedo getroffen am 9. 2. 04. Außer Aktion. „Retwisan“, Linienschiff, von Torpedo getroffen am 9. 2. 04. Außer Aktion. „Pallada“, gedeckter Kreuzer, von Torpedo getroffen am 9. 2. 04. Außer Aktion. „Sargaj“, gedeckter Kreuzer, gesunken am 9. 2. 04. „Korjeh“, Kanonenboot, gesunken am 9. 2. 04. „Zenesei“, Minientransportschiff, gesunken am 11. 2. 04. „Wuschitelni“, Zerstörer, gestrandet am 21. 2. 04. „Sterequisch“, Zerstörer, gesunken a. 10. 3. 04. „Strafni“, Zerstörer, gesunken am 14. 4. 04. Zusammen: 4 Linienschiffe, 2 gedeckte Kreuzer, 1 Minientransport, 1 Kanonenboot, 3 Zerstörer. Ferner wurde als kampfunfähig gemeldet der gedeckte Kreuzer „Bojarin“ und als beschädigt das Linienschiff „Kultawa“. Ueber den Zustand dieser beiden Schiffe weiß man nichts Bestimmtes. Beschädigt und wieder gebrauchsfähig gemacht wurden vier Schiffe, nämlich die gedeckten Kreuzer „Nowik“, „Astold“, und „Diana“, sowie das oben jetzt wieder als beschädigt gemeldete Linienschiff „Kultawa“.

### Balkan.

— Bei der letzten Audienz des bulgarischen Agenten Ratschowitsch gab der Sultan demselben die formelle Versicherung, daß er die Reformen auf alle Willkür, also auch auf Adrianopol, ausdehnen werde. Die bulgarische Regierung ließ dem Sultan hierfür den aufrichtigsten Dank und die Versicherung der Dankbarkeit der bulgarischen Nation zum Ausdruck bringen mit dem Versprechen, daß sie zur Durchführung der Reformen alles beitragen werde, damit das bestmögliche Ergebnis erzielt werde. In Adrianopol wurden 460 Bulgaren amnestiert. Die Heimkehr vieler Begnadigten verzögert sich wegen der verlangten Garantieleistung.

— Der armenisch-katholische Patriarch Emanuel ist am 18. d. M. infolge Herzschlages gestorben.

### Deutsch-Südwestafrika.

— Hauptmann Fiedler schickte aus dem stellvertretenden Hauptquartier in Okavandja folgende Gefechtsbeschreibung des Gouverneurs Leytwein, die infolge einer Betriebsstörung der Telegraphenlinie erst am 16. April früh 7 Uhr in Okavandja eintraf: Am 13. April rückte ich von Otjofahu gegen die bei Okavandja stehenden Hereros vor. Letztere wichen bis in die Gegend von Ovumbo zurück, wo sie ihrerseits angriffen. In zehnstündigem, schwerem Gefecht überlegener Gegner abgewiesen. Letzterer zahlreiche Verluste. Da Heranziehung von Munition und Verpflegung nicht möglich, weiteres Vorgehen in diesem Gelände auch keinen Erfolg versprach, ging ich nach Otjofahu. Diesseitige Verluste: Hauptmann v. Vogenski, Oberleutnant Weiß und 7 Reiter tot, Leutnant Findeis und 7 Reiter schwer, sechs leicht verwundet.

### Sächsischer Landtag.

Dresden, den 18. April.

Erste Kammer. Anwesend ist Se. Königl. Hoheit der Kronprinz. — Deputationsberichterstatter Kammerherr Dr. Zahrer v. Zaher auf Dahlen beantragt die Bewilligung von 400.000 Mk. für viergleisigen Ausbau der Strecke Niederfedlig-Dresden-Ehrenfeld um. als Tit. 15 des außerordentlichen Staatshaushaltsetzes (in der Zweiten Kammer bereits bewilligt); wird debattelos bewilligt. — Titel 16, Umgestaltung der Verkehrsstellen Deuben und Hainsberg mit 1.430.000 Mk. wird bewilligt; die Petition der Gemeinden Somsdorf und Cöpmannsdoorf um Errichtung einer Haltestelle wird auf sich beruhen gelassen. Zwei Raten für Bahnhofsbauten in Gera werden bewilligt. In der Petition des Gemeinderates zu Wilsenbrand wird der Deputationsantrag zum Votum erhoben.

Zweite Kammer. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Beschw. und Petitions-Deputation über die Petition der Vereinigten Saalinhäber von Sachsen, des Landordner-Vereins für Dresden und des Pianistenvereins zu Dresden um Abfürgung der geschlossenen Zeiten. Die Petition wird der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Es folgt die Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Beschw. und Petitions-Deputation über die Petition der Barbier- und Friseurinnung zu Dresden, betreffend die Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe. Abg. Rittberger-Limbach ist Berichterstatter. Es handelt sich um die Lizenz des Friseurs Jakobi Dresden-Hauptbahnhof, welchem allein es gestattet ist, Sonntag nachmittags seinen Laden bis 9 Uhr offen zu halten. Die Deputation hat sich von der Notwendigkeit dieser Einrichtung überzeugt und beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Abg. Schulze-Dresden stellt den Antrag, die Kammer wolle beschließen, die Petition zwecks erneuter Prüfung der Frage der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Staatsminister v. Weyß verteidigt den Vorwurf des Abg. Hartmann, daß die Regierung sich in diesem Falle über das Gesetz hinweggesetzt habe. Es wird streng darauf geachtet, daß der Bahnhofsfreier nur Reisende bedient. — Abg. Dr. Vogel spricht für die Zulassung des Zeitungshandels an Sonntagen wie am Bahnhof zu Meisa. — Staatsminister v. Weyß unterscheidet zwischen Handelsgewerbe und Verkehrsgewerbe. — Der Antrag Schulze wird gegen 7 Stimmen abgelehnt und das Deputationsvotum gegen 6 Stimmen angenommen. — Hierauf folgt der Bericht über die Beratung der Beschw. und Petitions-Deputation über die Petition des landwirtschaftlichen Vereins zu Erdmannshain um Umgegend um Ermäßigung der Eckgebühren für Wagen und Gewichte in den nicht handelstreibenden landwirtschaftlichen Betrieben. Der Deputationsantrag, die Sache auf sich beruhen zu lassen, wird einstimmig angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch, den 20. April.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 20. April 1904.

— Se. Majestät der König unternahm in den gestrigen Nachmittagsstunden eine Wagenpromenade nach dem Schönergrunde.

— Heute mittag empfing Se. Majestät der König die Departementschefs der Königl. Hofstaaten zu Vorträgen. — Ihre Majestät die Königin Witwe ist gestern abend wohlbehalten in Turin eingetroffen und wurde dafelbst am Bahnhof von Ihrer Königl. Hoheiten dem Herzog und der Frau Herzogin-Mutter von Genua empfangen.

— Wie verlautet, hat Se. Königl. Hoheit der Kronprinz für den Monat Juli einen Aufenthalt mit seinen Kindern in dem ungarischen Badeorte Schmeß in der hohen Tatra in Aussicht genommen.

— Vom 1. Oktober d. J. ab wird das in Chemnitz in Garnison stehende kombinierte Jäger- Detachement zu Pferde (1. Eskadron Jäger zu Pferde Nr. 12 und 2. Eskadron Jäger zu Pferde Nr. 19) mit der Lanze bewaffnet. Außerdem führen die Jäger zu Pferde noch den Kavalleriefädel 92 und den Karabiner, die Unteroffiziere an Stelle des Karabiners den Revolver.

— Herr Fabrikant Eugen Grimm in Leipzig hat dem Vorstand des Vereins sächsischer Gemeindebeamten auch für dieses Jahr wieder 750 Mk. zur Unterstützung erholungsbedürftiger Vereinsmitglieder gewährt.

— Der Flottenverein hat bereits tüchtig Propaganda für eine neue Vorlage auf der hier stattgefundenen Generalversammlung gemacht. In einer Resolution sprach er sich „für eine erhebliche Vermehrung der Flotte und einer nach jeder Richtung beschleunigten Aktion derselben“ aus. Wie sich die Herren die Sache denken, ist aus dem vorausgegangenen Referate zu entnehmen, das dahin ging, daß wir vor der unabweisbaren Notwendigkeit stehen, mit aller Beschleunigung in eine ganz erhebliche Vermehrung unserer Kriegsflotte einzutreten, so daß mindestens bis zum Jahre 1912 drei moderne Linienschiffe, Doppeltgeschwader, nebst den zugehörigen Großen und Kleinen Kreuzern usw. fertig gestellt werden müssen. Das neue Flottengesetz von 1900 soll also nicht inne gehalten werden, sondern wieder eine Änderung erfahren. Wie aber die Mehrheit des Reichstags denkt, ist doch den Beratungen des Marinetales klar zu entnehmen, hier wurden alle jene Stellen auf Au-